

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

SOGEKO berät verschiedene Vorstösse im Sozialbereich

Solothurn, 2. April 2013 - Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) hat an ihrer Sitzung Vorstösse zu Massnahmen zur Senkung der Sozialhilfequote und zur Steigerung von familienergänzende Betreuungsplätzen gutgeheissen. Zudem wurde der Regierungsrat beauftragt in der Legislaturperiode 2013-2017 den Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien auf die soH festzulegen.

Ein Auftrag der Fraktion FDP.Die Liberalen verlangt eine Anpassung des Sozialgesetzes, so dass Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsausbildung und ohne familiäre Verpflichtung keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Eine konsequente Umsetzung dieses Auftrags ist gemäss regierungsrätlicher Antwort verfassungs- und völkerrechtswidrig. Es ist erwiesen, dass das Risiko der Sozialhilfeabhängigkeit massiv grösser ist, wenn Jugendliche keine Berufsbildung absolvieren. Die Kommission hat mit einem geänderten Wortlaut einen Kompromiss zwischen dem ursprünglichen Auftrag und der Antwort des Regierungsrates erarbeitet. Dieser sieht vor, dass der Regierungsrat darauf hinwirken soll, dass die Sanktions- und Kürzungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Damit soll der Druck auf die Jugendlichen erhöht werden, eine Berufsausbildung zu absolvieren.

In eine ähnliche Richtung geht ein weiterer Auftrag der Fraktion FDP.Die

Liberalen, der fordert, dass Massnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung getroffen werden, die zur Senkung der Sozialhilfequote beitragen sollen. Die Kommission hat diesem Auftrag mit Stichentscheid des Präsidenten zugestimmt.

Gutgeheissen hat die Sozial- und Gesundheitskommission auch das Einreichen einer Standesinitiative zur Verlängerung der Anstossfinanzierung von familienergänzenden Betreuungsplätzen durch den Bund. Mit einem Auftrag von Anna Rüefli, (SP Solothurn) wird der Regierungsrat damit beauftragt, einen Bericht zur Situation der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulbereich zu erstellen.

Mit einem Planungsbeschluss verlangt die FDP.Die Liberalen, dass der Regierungsrat eine Strategie zur Übertragung der Spitalimmobilien ins Eigentum der SOH und zur Beteiligung von weiteren Aktionären an der soH formuliert. Der Regierungsrat wurde damit beauftragt, in der Legislaturperiode 2013-2017 den Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien auf die soH festzulegen.